

## Postulat

von Pierino Cerliani (Grüne)  
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten, auf die Vermietungspraxis der städtischen Liegenschaftsverwaltung und der Genossenschaften mit städtischer Beteiligung und / oder städtischen Subventionen dahingehend Einfluss zu nehmen, dass eine bessere Durchmischung von einheimischer und ausländischer Wohnbevölkerung entsteht. Dabei sind die Besonderheiten der Quartiere angemessen (d.h. ausgleichend) zu berücksichtigen.

## Begründung:

Mit GRB vom 6.9.1995 hat der Gemeinderat eine Verordnung über die Grundsätze der Vermietung von städtischen Wohnungen beschlossen. Offensichtlich hat diese Verordnung nicht verhindern können, dass einerseits in einigen städtischen Siedlungen in den Kreisen 4 und 5 Ghetto-ähnliche Situationen herrschen und andererseits, vor allem in Genossenschaftssiedlungen in „besseren“ Quartieren AusländerInnen bei der Wohnungsvergabe krass untervertreten bleiben.

Im Interesse einer besseren Durchmischung ist es dringend nötig, darauf hin zu arbeiten, dass die immer latent vorhandenen Segregationstendenzen nicht noch verstärkt werden - als Vorbilder und als Multiplikatoren am ehesten geeignet dazu sind wohl die Stadt und die Genossenschaften in Zürich, die zusammen über mehr als ein Viertel (25.6%) aller in Zürich angebotenen Wohnungen verfügen.

Die Akzeptanz von AusländerInnen bei der einheimischen Bevölkerung ist um so grösser, je mehr schweizerInnen sich überzeugen können, dass die meisten AusländerInnen ein ganz „normales“ Alltagsleben führen - und Umgekehrt ist die Integrationsbereitschaft von AusländerInnen um so grösser, je mehr sie Gelegenheit haben, am Alltagsleben „normaler“ SchweizerInnen teilzuhaben.

